Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 5 (1925-1926)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

muß, wenn man den Fuß der Jungfrau mitsamt der Schrift unten abschneidet und ihn über den Gipfel hängt, kann man sich leicht vorstellen. Es wäre wohl am besten, man ließe diese Propagandahütte verschwinden und ginge bei den Schweden nebenan in die Schule, um zu lernen, wie man so etwas macht.

Die kritischen Bemerkungen über die Ausstellung, die ich anzubringen genötigt war, mögen niemand vom Besuch der Schau abhalten. Neben dem Verfehlten gibt es recht viel Gelungenes. Und wenn auch das hohe Ziel von vielen Nationen, von manchem Einzelnen nicht erreicht wurde, so steckt in dem ernsten Ringen um die gute Form doch so viel Anregendes, in die Zukunft Weisendes, das ein Vorbeigehen an der Ausstellung verbietet. Vor allem unsern Industriellen sei ihr Studium empfohlen: Wir zweifeln nicht daran, daß sie sie anspornen wird, gewisse Industriezweige zu verbessern und zu erweitern, andere neu einzuführen. Aus dem Rest der Bundessubvention aber wäre eine Pariserreise zu organisieren, an der unsere Bundesväter, unsere National- und Ständeräte und alle Kommissionsmitglieder teilnehmen müßten. Unter sachkundiger Führung hätten sie die Ausstellung zu besuchen, durch Vergleiche mit den Leistungen anderer Völker wären sie auf die Fehler in der Organisation aufmerksam zu machen. Wir glauben bestimmt, daß sie den Eindruck bekämen, daß Kommissionen zwar im politischen und wirtschaftlichen Leben ihre Berechtigung haben, im Reich der Kunst aber zum unerträglichen Hemmschuh werden können.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Auswärtiges, Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialpolitisches in der Bundesversammlung.

Die eben zu Ende gegangene Juni-Session der Bundesversammlung hat wieder einige nicht uninteressante Aussprachen zur auswärtigen Politik gebracht. Leider fehlt nur noch immer der Zusammenhang zwischen den einzelnen Fragen und die Herausarbeitung der großen Linien. Gerade das aber wäre wünschenswert, um das vielfach vermißte Interesse und Verständnis weiterer Kreise für die auswärtigen Angelegenheiten zu wecken. Besonders die Völkerbundspolitik, d. h. die Einstellung der Schweiz gegenüber diesem Zwittergebilde der internationalen Politik, erfährt meist eine rein akademische Behandlung, so etwa, als ob es sich dabei lediglich um eine Seminarübung in theoretischem Völkerrecht und nicht um eine Angelegenheit der Politik, d. h. politischen Machtwillens, handelte. Der bundesrätliche Bericht über die V. Völkerbundsversammlung hat Nationalrat Hunziker Gelegenheit gegeben, gegenüber der offiziellen Auffassung, die im Benesch-Protokoll, dem Hauptverhandlungsgegenstand der V. Völkerbundsversammlung, noch immer ein „schönes, wenn vielleicht auch etwas übereiltes Werk" erblickt, den wirklichen politischen Inhalt dieses Protokolls hervorzuheben und es als ein Glück für unser Land zu bezeichnen, daß es am Widerstand Englands gescheitert ist. Ob mit dieser Vorliebe für das Protokoll unsere Leitung bewußt die Politik Frankreichs und seiner Verbündeten unterstützen und verstärkte Anlehnung nach dieser Richtung suchen will, bleibe da-

hingestellt. Geschieht es unbewußt, um so schlimmer, denn nichts ist gefährlicher für eine Staatsleitung, als die Befangenheit in Ideen, die sie für das, was mit diesen von anderer Seite gewollt wird, blind macht. Immerhin ist es Tatsache, daß man in unsern leitenden Kreisen seit den schlimmen Zeiten des Zusammenbruchs der Mittelmächte ein dringendes Anlehnungsbedürfnis verspürt hat. Man fühlte sich in dem außer Rand und Band geratenen Europa vereinsamt, verlassen und schutzbedürftig. Mancher der verhängnisvollen Schritte von 1919 ist nur aus dieser Stimmung heraus verständlich. Seither mag man erkannt haben, daß man bei dieser Anlehnung in eine societas leonina geraten ist und sich eine Macht zum Protektor gewählt hat, die ihre „Dienste" mit einigem lebenswichtigem Rechtsbesitz des schweizerischen Staates vergütet sehen wollte. Aber der Schritt ist einmal getan und was damals als Preis ausgemacht wurde: die Drangabe der vollen Neutralität, der Genfer Schutzzonen und des freien Rheins, ist nunmehr bezahlt. Könnten daher heute nicht abermals Gründe dafür bestehen, diese Anlehnung erneut zu suchen, bezw. die bestehende zu festigen? Frankreich ist, außenpolitisch gesprochen, nach dem Zusammenbruch seiner Rhein-Ruhrpolitik und deren finanziellen Folgen, eine konservative Macht. Es versucht zu halten, was ihm in den Friedensverträgen von 1919 zugefallen ist. Jede Änderung an dem Gebietsstand von 1919 ist jetzt, wo es sich in der Defensive befindet, nur noch auf seine Kosten möglich. Nun kann aber keinem aufmerksamen Beobachter entgehen, daß das heutige Europa in einem großen Werdens- und Umgestaltungsprozeß begriffen ist, wie vielleicht nicht mehr seit den Zeiten Napoleons. Der Weltkrieg ist in dieser Hinsicht nicht etwa ein Ende, sondern recht eigentlich ein Anfang gewesen. Die nach dem Waffenstillstand abgeschlossenen Verträge haben die Grenzen unseres Kontinents nicht konsolidiert, sondern erst recht in Fluß gebracht. Die Schweiz ist nun seit dem Abschluß der napoleonischen Epoche, wo sie ihre heutige Gestalt erhielt, ebenfalls rein defensiv eingestellt und nur auf die Erhaltung ihres Besitzstandes bedacht; von neuen Änderungen der europäischen Landkarte kann ihr kein Vorteil entstehen, höchstens Nachteil, wenn sich diese auf ihr eigenes Territorium erstrecken wollen. Ist es also nicht naheliegend, daß sie sich mit der Politik Frankreichs solidarisch fühlt und sie in dem Rahmen unterstützt, der für die Auswirkung solcher solidarischer Interessen geschaffen worden ist, im Völkerbund?

Die Geschichte der Schweiz lehrt ein anderes. Wie oft haben Macht und Ruhm der europäischen Mächte in den vier Jahrhunderten gewechselt, seit die Eidgenossenschaft nach Marignano den Rückzug aus der Weltgeschichte angetreten hat. Wie oft haben diese Mächte sich aufs Blut bekämpft, wie oft war die Schweiz in Gefahr, dabei als selbständiges Staatswesen von der Karte Europas gestrichen oder unter ihre Nachbarn aufgeteilt zu werden. Weil sie von sich aus in diesem großen Streit nie Partei ergriffen hat (1798 und 1814 gehorchte sie doch vorwiegend dem unabänderlichen Zwang), hat sie auch schließlich all die Jahrhunderte überstanden. Bleibt sie dieser Politik treu, so darf sie hoffen, daß ihr, trotz mancher beunruhigender Aussichten, noch ein weiteres gedeihliches Leben in ihrem jetzigen Umfang beschieden sein wird. Will sie dagegen, in Mißachtung der Lehren ihrer Geschichte, wieder in die Weltpolitik eintreten — den ersten Schritt dazu hat sie ja mit dem Beitritt zum Völkerbund getan —, um als kleiner Gernegroß ein mitbestimmender Faktor derselben zu werden, dann muß die Prognose für ihre Zukunft wesentlich ungünstiger ausfallen. Sind Frankreich und seine Verbündeten, ihren natürlichen Anlagen und Fähigkeiten nach, den Kräften nicht gewachsen, die den großen europäischen Werdens- und Entwicklungsprozeß bewirken, dann rettet auch keine Unterstützung der Schweiz ihr erkünsteltes und unterhöhltes Machtgebäude von 1919 vor dem Einsturz. Dagegen kann die Schweiz, wenn sie dergestalt Partei ergriffen hat, sehr wohl in diesen Zusammenbruch mithineingezogen werden und erleben, daß die darauf folgende Neuordnung dann an ihren bisherigen Grenzen nicht Halt macht.

Es ist also für den schweizerischen Staat gänzlich gleichgültig, ob das Benesch-Protokoll ein „schönes" Werk sei. Für ihn ist einzig die Frage nach

seiner künftigen „Sicherheit" entscheidend; und die Antwort auf diese lautet: nicht Benesch-Protokoll, sondern Neutralität! Das Zustandekommen des ersteren hätte das Ende der letzteren bedeutet. Mit dem Zustandekommen des Benesch-Protokolls und unserm Beitritt dazu hätten wir den zweiten Schritt in die Weltpolitik getan und unsere Verknüpfung mit dieser wäre unlöslich geworden. Darum ist es allerdings ein Glück für unser Land, daß dieses Protokoll nicht zustande gekommen ist. Will man das in Bern nicht endlich einsehen?

* * *

An der offiziellen Schiedsvertragspolitik ist in beiden Räten herbe Kritik geübt worden. Diese Verträge folgten sich nachgerade wie die Liebesbriefe Verliebter (ein Journalist meinte gar, sie vermehrten sich wie die Kaninchen); man solle doch etwas Maß damit halten; man könnte ja meinen, die Schweiz wäre bisher ein gewaltiger Krachbold gewesen, der mit aller Welt Händel gehabt habe und zur Bekräftigung seiner Gesinnungsbesserung jetzt solche Verträge abschließe; in früheren Zeiten sei der Schweiz aus solchen Verträgen nie Gutes entstanden und heute sei die Gefahr ebenfalls vorhanden, daß der Schwächere dabei den Nachteil haben werde; die Enttäuschung werde vielleicht nicht allzulang auf sich warten lassen. Man kann sich denn auch des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere außenpolitische Leitung diese „Politik" weniger aus politischen Erwägungen, d. h. weil damit die außenpolitischen Interessen unseres Staates gefördert werden, verfolge, als vielmehr, weil sie eine solche Politik einfach „schön" findet und glaubt, damit ein wohlgefälliges und für die „Menschheit" vorbildliches Werk zu tun. Ob der schweizerische Staat vielleicht einmal die Kosten dafür zahlen muß, was spielt das schließlich für eine Rolle, wenn damit für die Menschheit und — die Befriedigung der lieben Eitelkeit etwas getan wird.

Bedauerlich an dieser an sich vollauf berechtigten Kritik in den beiden Räten ist nur, daß sie post festum kommt. Die für die Schweiz wirklich wichtigen Verträge sind nun abgeschlossen. Eine Kritik daran hat lediglich noch akademischen Wert. Dieser Umstand dürfte weniger einem Mangel an persönlichem Mut der betreffenden Ratsmitglieder zuzuschreiben, als vielmehr der Ausdruck dafür sein, daß die Bundesversammlung noch immer nicht zur Mitverantwortung an der auswärtigen Politik heran will. Nachträgliche Kritik, ja! Aber nicht selbst die Entscheidungen mitbestimmen oder solche, die von der auswärtigen Leitung unglücklich getroffen worden sind, durchkreuzen und rückgängig machen. Dieses Bild bietet die Bundesversammlung seit dem Abschluß des unglücklichen Artikels 435, beim Rheinkompromiß, beim Zonenabkommen und neuestens bei den Schiedsverträgen mit Italien und Frankreich (über die Zonen). Darum geht es auch mit der Parlamentarischen Kommission für Auswärtiges nicht vorwärts. Man muß im Gegenteil befürchten, daß überhaupt vorerst nichts daraus wird. Und doch wäre eine solche Kommission eines der Mittel, um innerhalb der eidgenössischen Räte zur systematischen Beschäftigung mit den Vorgängen der Weltpolitik und deren Rückwirkungen auf die Entscheidungen unseres Landes anzuregen und anzuleiten. In ihr sollte ja nur zusammengefaßt werden, was an Studium und Kenntnissen bei einzelnen parlamentarischen Vertretern in wachsendem Maße vorhanden ist. Aber auch hier geht unsere oberste Behörde nicht wegleitend zur Hand, trotzdem sie doch selbst das größte Interesse haben müßte, in der Bundesversammlung einen auf Sachkenntnis und nicht bloßer Gouvernementalität beruhenden Rückhalt zu besitzen. Im Gegenteil, man wehrt sich im Politischen Departement mit Händen und Füßen dagegen, weil man darin einen Einbruch in die eigene Machtsphäre und — Unfehlbarkeit erblickt.

* * *

Besser als die diplomatisch-politischen sind die militärischen Voraussetzungen einer strikten Neutralitätspolitik gewahrt. Das Bestreben, unser Militärwesen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf der Höhe seiner Aufgabe zu halten, ist unverkennbar und bis zu einem gewissen Grade auch erfolgreich. Davon zeugt die ziemlich anstandslose Annahme der Vorlage

über die Einführung des leichten Maschinengewehres; der Widerstand der Sozialdemokratie dagegen war ja mehr nur theoretischer und parteitaktischer Natur. Gleichzeitig hat die im Dezember schon im Nationalrat bachab geschickte Zivildienst-Petition jetzt auch im Ständerat das verdiente Schicksal erlitten. Wem die in einem geordneten Staatswesen dem einzelnen Bürger obliegenden Pflichten nicht mehr genehm sind, mag zum Wanderstab greifen. Die Schweiz kann ihrer leicht entbehren und die weite Welt wird sie schon in eine Kur nehmen, daß ihnen die Wichtigtuerei mit ihren Gewissenskonflikten und ihr übersteigerter Persönlichkeitskult vergeht.

* * *

Verdienstlich war die Kritik an der neuestens wieder eingerissenen Unsitte ausländischer Gesandten-Besuche bei den Kantonsregierungen. Was in der Presse und anderer Publizistik — auch in unsern Heften — gerügt worden ist, hat damit entsprechenden Ausdruck im Parlament gefunden. Herr Henessy, zur Zeit französischer Gesandter in Bern, wird sich nunmehr der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Zeiten der Ambassadorenherrschaft vorbei sind. Wenns auf die gnädigen Herren und Oberen einzelner Kantonsregierungen ankäme, allerdings nicht. Denn wie Bundesrat Motta in seiner Antwort ausführte, sind diese Besuche zum Teil von solchen Regierungen provoziert worden.

Nur theoretischer Wert dürfte dagegen der Rüge an der heute nachgerade in bedenklichem Umfang betriebenen Ordensverleihung ausländischer Regierungen an Schweizerbürger zukommen. Schon jetzt verbietet ja die Bundesverfassung die Annahme fremder Orden und Auszeichnungen. Solange aber nicht diesem Unfug auf gesetzlichem Wege durch Aberkennung des Aktivbürgerrechts und durch Ausstoßung aus dem Heere ein Riegel gestoßen wird, wird er kaum aufhören. Im Interesse unserer geistigen Unabhängigkeit muß dieser Riegel nun einmal gestoßen werden, und zwar bald.

* * *

In das Gebiet der allgemeinen Maßnahmen zur Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeit gehört auch die sog. Getreidevorlage, die im Ständerat durchgegangen ist. Die Aufbewahrung ständiger Getreidevorräte durch den Bund soll das Land im Falle eines plötzlichen Krieges vor dem Mangel des notwendigsten Nahrungsmittels bewahren. Ungleich wichtiger als diese unmittelbare Sicherungsmaßnahme scheint uns aber derjenige Teil der Getreidevorlage zu sein, der mittelbar, durch Schutz des einheimischen Getreidebaus, unsern Staat wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch lebens- und verteidigungsfähig halten soll. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden noch oft Freihändler und Schutzzöllner, Anhänger der sich selbst genügenden (autarken) und der auf den Export gerichteten Volkswirtschaft im Kampfe miteinander sehen. Möge diesen unvermeidlichen Auseinandersetzungen aber stets die Erkenntnis zu Grunde liegen, daß es dabei keineswegs um Theorien geht, sondern ganz einfach darum, ob und wie sich unser Volk in dem infolge der bald restlosen Aufteilung der Erdoberfläche immer härter werdenden Daseinskampf der Erdenvölker und Rassen seine künftige Lebensmöglichkeit sichern kann.

Wie das zu verstehen ist, lehrt ein Blick auf die Weltlage. Die Welt zeigt gegenüber 1914 ein ganz anderes Gesicht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir heute am Ende des kolonialen Zeitalters, das die Grundlage für den Industrie- und Kapitalimperialismus der europäischen Mächte in den letzten 50 Jahren abgab. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die großen Absatzmärkte Mittel- und Ostasiens und Nord- und Südamerikas sich mehr und mehr den Erzeugnissen der europäischen Industriestaaten verschließen. Das zwingt wiederum diese, sich zu großen autarken Verbänden und Gruppen zusammenzuschließen, um wenigstens in beschränktem Umfang ihrer Industrie Beschäftigung und ihrer bisherigen Bevölkerungszahl die Lebensmöglichkeit erhalten zu können. Die heutigen Bestrebungen Englands und seiner Dominions sind ein lebendiges Beispiel für diese neueste Entwicklung, deren Rückwirkung

auf unsere eigene Exportindustrie und teilweise exportgerichtete Volkswirtschaft nicht ausbleiben kann (wir bekommen es ja täglich mehr an den Schutzzöllen der Vereinigten Staaten und Englands zu spüren).

Aus dieser Einschätzung der Lage soll nicht der voreilige Schluß gezogen werden, daß die schweizerische Volkswirtschaft sich künftig einzig auf den Inlandsmarkt einzustellen und die Richtung auf den Export aufzugeben habe. Das wäre praktisch undurchführbar. Der heutige Stand der schweizerischen Bevölkerung läßt sich nur auf Grund einer in großem Umfang exportierenden Wirtschaft halten; auch steht die ganze beruflich-gewerkliche Schulung unserer Bevölkerung mit ihrer weitgehenden Spezialisierung und ihrer darauf beruhenden gehobenen Lebenshaltung dem entgegen. Aber diese Spezialisierung und Einstellung auf den Export und das Angewiesensein auf den Auslandsmarkt darf nicht so weit gehen, daß der Inlandsmarkt und die Erhaltung einer gesunden Urproduktion darüber vernachlässigt wird. Sonst sind wir bei jeder Krisis auf den Auslandsmärkten den schwersten Erschütterungen im eigenen Land ausgesetzt und bei irgendwelchen späteren wirtschaftspolitischen Umstellungen und Zusammenschlüssen in der Welt auf Gnade und Ungnade stärkeren und gesünder aufgebauten Volkswirtschaften ausgeliefert. Die Getreidevorlage soll also durch den Schutz des einheimischen Getreidebaus verhindern, daß auch unsere Landwirtschaft sich durch allzu ausschließlichen Grasbau auf den Export (von Milch- und Käseerzeugnissen) spezialisiert. In diesem Zusammenhang betrachtet, wird man anerkennen müssen, daß unsere wirtschaftspolitische Leitung eine gewisse gesunde mittlere Linie einhält.

* * *

Im Nationalrat ist eine Vorlage verabschiedet worden, die dazu mithelfen soll, einer bedrohlichen bevölkerungspolitischen Entwicklung entgegenzuwirken, der Überfremdung. Die Vorlage betrifft die künftige Regelung der Aufenthalts- und Niederlassungspolitik durch den Bund. Sie soll im Oktober bei Anlaß der Neuwahlen für die Bundesversammlung dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden. Der andere Teil der zur Verhinderung der Überfremdung in Aussicht genommenen Maßnahmen, die revidierte Einbürgerungspolitik, wird wegen der Differenzen zwischen den beiden Räten in der Herbstsession noch zu reden geben. Im Zusammenhang damit soll ein andermal auf diese Frage, die augenblicklich wieder einmal manche Kreise unseres Landes lebhaft, wenn vielleicht auch nicht immer ganz sachlich, beschäftigt, zurückgekommen werden.

Heute noch ein paar Worte zur Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung, die jetzt von beiden Räten angenommen worden ist, so daß die betreffenden Verfassungsartikel im Dezember vors Volk kommen. Die Langsamkeit, mit der die Mühlen des Parlaments mahlen, mag sonst gemeinhin nicht zu den löblichen Eigenschaften des Parlamentarismus gezählt werden. In diesem besonderen Falle sind wir doch geneigt, sie dazu zu rechnen. Die sechs Jahre, die seit den weitgehenden Vorlagen von 1919 verstrichen sind, haben der Öffentlichkeit und dem Parlament Zeit gelassen, das Wünschbare mit dem Möglichen in einen gewissen Einklang zu bringen. Ob dieser Einklang wirklich erreicht worden ist, steht allerdings noch keineswegs fest. Auf alle Fälle stellt das Zustandekommen und die Ausführung dieses weitgehenden Versicherungswerkes in einem Zeitpunkt, wo sich das schweizerische Volksvermögen und die schweizerische Volkswirtschaft von den Einbußen und Wirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit kaum etwas erholt haben und die Aussichten für die Zukunft keineswegs erfreuliche sind, eine außerordentlich schwere Belastung für den künftigen Haushalt des schweizerischen Staates dar. Darüber soll man sich Rechenschaft ablegen, auch wenn man grundsätzlich die Wünschbarkeit der sozialpolitischen Betätigung des Staates vollauf anerkennt. Eine gewisse, heute weit verbreitete Einstellung zum Staat wird in der Zukunft vielleicht noch stark revidiert werden müssen. Der Staat ist nicht ein Wohltätigkeitsinstitut, an das vom einzelnen Bürger oder gar von ganzen Schichten und Parteien jede beliebige Anforderung gestellt werden kann. Der

Staat ist die Schicksalsgemeinschaft eines Volkes. Jeder Einzelne dieser Gemeinschaft ist aufs engste mit dem Schicksal des Ganzen verwachsen. Was der Einzelne dem Staat abtrotzt, geht auf Kosten der Gesamtheit. Was vom Staat gefordert werden kann, hat seine Grenze am Gesamtvermögen der Gemeinschaft. Der Staat kann nur ausgleichend wirken in den Besitzverhältnissen seiner Angehörigen. Wie weit sind wir heute davon entfernt, uns dieser Schicksalsverbundenheit bewußt zu sein. Alles schreit nach Staatshilfe, als ob dieser Staat ein allmächtiges Wesen für sich wäre. Der Staat ist nur das, was seine Bürger sind. Wir aber meinen, er sei die nie versagende Milchkuh für Alle!

Zürich, den 24. Juni 1925.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Grundsätzliches zur französischen Marokkopolitik. — Die Kriegslage. — Der Hintergrund.

Gestern hat Ministerpräsident Painlevé in der französischen Kammer über den Stand der Angelegenheiten in Marokko Auskunft gegeben. Es klingt alles wunderbar schön, was der Herr Ministerpräsident zu sagen weiß. Frankreich verteidigt in Marokko Kultur und Zivilisation. Es hat ganz und gar keine Eroberungsabsichten. Es ist vielmehr hinterlistig angegriffen worden und handelt gegenwärtig nur in der Notwehr. Alle möglichen Unruhestifter hetzen Abd el Krim gegen das unschuldige Frankreich auf: Russen, Deutsche, Türken, Ägypter und die französischen Kommunisten selbst. Frankreich kann nicht zurück, es muß durchhalten. Das Lebensinteresse und die Ehre des Landes erfordern unbedingt das Durchfechten dieses Streites.

Painlevé hat die französische Auffassung oder vielleicht noch besser gesagt die Auffassung, die Frankreich dem Ausland von der Lage in Marokko zu geben wünscht, in aller Kürze und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit auseinandergesetzt. Die Agentur Havas hat seine Ausführungen schleunigst überall hin weitergegeben.

Was ist nun zu diesem offiziellen französischen Standpunkt zu sagen? Seit 95 Jahren befindet sich Frankreich in Nordafrika beständig im Zustande der Notwehr und hat damit schließlich — ein großes Reich erworben. Angefangen hat es mit jenem berühmten Streich mit dem Fliegenwedel, den im Jahre 1827 ein französischer Konsul in Algier von dem damaligen Herrscher dieses berüchtigten Seeräuberstaates empfing. Die Antwort war eine Blockade der algerischen Küste durch die französische Flotte. Als das nichts nützte, unternahm Frankreich 1830 eine Strafexpedition mit 30,000 Mann nach Algier. Die Stadt wurde erobert und — die Franzosen blieben dort. Es folgten drei Jahrzehnte unaufhörlicher Kämpfe mit der freiheitsliebenden, fanatisch-mohammedanischen Bevölkerung. Das Ergebnis war die Unterwerfung ganz Algeriens. 1881 gaben Grenzzusammenstöße an der Ostgrenze Algiers den Vorwand zu einer Strafexpedition nach Tunis. Auch hier zogen es die Franzosen aber vor, dauernd im Lande zu bleiben. Seither ist auch dieses Fürstentum tatsächlich völlig in französischen Händen. Grenzstreitigkeiten im Westen und Süden boten in ganz gleicher Weise den Anlaß, den französischen Herrschaftsbereich immer weiter gegen Marokko hin und bis in die fernsten Oasen der Sahara auszudehnen. Schließlich mußte ein Krawall in der marokkanischen Handelsstadt Casablanca, bei dem einige Europäer umkamen, den Vorwand liefern, auch in Marokko festen Fuß zu fassen. Seit dem Jahre 1906 hat Frankreich dort seinen Machtbereich von Westen und Osten her immer weiter ausgedehnt und beherrscht heute das ganze weite und reiche Land mit Ausnahme eines Grenzstreifens im Norden längs der spanischen Zone und des Gebietes des Hochatlas ganz im Süden. Immer wurde Frankreich im entscheidenden Momente „herausgefordert" und das Ergebnis war regelmäßig, daß ein reiches

Stück Land in seinen Händen blieb. So ist das große nordafrikanische Kolonialreich Frankreichs entstanden.

Es weist heute nur noch einen Schönheitsfehler auf: An der atlantischen und an der Mittelmeerküste Marokkos haben die Spanier als Ergebnis der diplomatischen Auseinandersetzungen je eine kleine Einflußzone zugesprochen erhalten. Freilich haben sie es nicht fertig gebracht, in diesen Gebieten auch wirklich Einfluß zu gewinnen; darüber habe ich ja im Januar-Heft eingehender gesprochen. Mit schlecht oder gar nicht verhehlter Schadenfreude hat die französische Presse immer das Mißgeschick der Spanier verfolgt. Und es ist immer wieder behauptet worden, daß die gute Ausrüstung der Riffleute mit Waffen und Munition nicht ohne das Zutun der Franzosen zustande gekommen sei. Seit der entscheidenden Wendung zu Ungunsten der Spanier im vergangenen Herbst und Winter konnte man in den eingehenden Kommentaren der Pariser Blätter auch öfters den Hinweis darauf finden, daß Frankreich auf die Dauer diesem Anwachsen der Macht der Riffleute nicht ruhig zusehen könne. Seit dem Winter fanden denn auch schon französische Truppentransporte nach Marokko statt. Soll man nach alledem glauben, daß die im April so plötzlich aufflammenden Kämpfe wirklich nur aus dem Siegesübermut Abd el Krims heraus entstanden seien? Das ist an und für sich schon sehr wenig wahrscheinlich. Wirklich berichten denn auch deutsche und englische Presseberichterstatter aus Tanger, daß der Angriff der Riffleute durch den französischen Generalresidenten in Marokko, Marschall Lyautey, planmäßig herausgefordert worden sei. Man habe im letzten Jahr die französischen Posten immer weiter nach Norden vorgeschoben und so die unumgänglich notwendige Zufuhr von Lebensmitteln aus dem fruchtbaren Gebiet unmittelbar südlich der spanischen Zone in das Riffland planmäßig unmöglich gemacht. Diese Darstellung hat sehr viel für sich. Auf jeden Fall ist eines sicher: Die Franzosen haben schon längst eine Gelegenheit gesucht, in Nordmarokko einen entscheidenden Schlag zu führen. Damit wollen sie vor allem jede Ausdehnung des Freiheitskampfes im Riffgebiet in ihren Herrschaftsbereich hinein dauernd unmöglich machen. Im günstigsten Fall winkt auch noch die Möglichkeit einer ganzen oder teilweisen Erwerbung der spanischen Zone. Alle diese Tatsachen wird man sich in Erinnerung rufen müssen, wenn man heute aus Paris so bewegliche Klagen über den frevelhaften Angriff Abd el Krims auf die unschuldigen Franzosen hört!

Kann man so diese Behauptung der Pariser Regierungsmänner nur als einen Versuch der Täuschung der öffentlichen Meinung des eigenen Landes und der ganzen Welt bezeichnen, so wird man andererseits anerkennen dürfen, daß Frankreich in Nordafrika wirklich für Kultur und Zivilisation eintritt. Man muß in diesem Punkte den Franzosen auch Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie haben in dem vergangenen Jahrhundert in Nordafrika eine gewaltige Summe von Kulturarbeit geleistet. Sie haben die früher von unaufhörlichen Streitigkeiten zwischen den einzelnen Stämmen durchtobten Länder vollkommen in Ordnung gebracht. Sie haben viel getan, um das weite Land mit Straßen und Eisenbahnen zu erschließen. Sie haben große wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Kurz, sie haben mit ihrer ganzen Arbeit europäische Ordnung ins Land gebracht. Sie haben auch diese Landstriche zu einem Faktor im allgemeinen Wirtschaftsleben gemacht. Daß diese Entwicklung nur mit Gewalt und zwar mit Waffengewalt zu erreichen war, ist klar.

Aber haben die Franzosen dies alles etwa aus humanitären Gründen unternommen und geleistet? Keine Spur! Die Eroberung Nordafrikas war für sie je länger je mehr eine reine Machtfrage. Seit Jahrzehnten schon diente es ja hauptsächlich dazu, der französischen Armee Soldaten zu liefern. Dadurch wurde das nordafrikanische Reich eine der Hauptstützen der französischen Großmachtstellung und wird es zusammen mit Westafrika immer noch mehr. Es handelt sich also für die Franzosen hier nicht um Kultur und Zivilisation, sondern um Macht. Die französische Politik ist hier, wie übrigens auch sonst überall, eine rein imperialistische! Kulturarbeit ist dabei nur Mittel zum Zweck.

Eine reine Machtfrage ist auch das, was sich gegenwärtig in Marokko abspielt. Nach dem Versagen der Spanier war ein Zusammenstoß zwischen den

Franzosen und Abd el Krim auf die Dauer unvermeidlich. Die Franzosen konnten nicht dulden, daß sich hier eine Macht bildet, die ihrer ganzen Politik grundsätzlich feindlich gegenübersteht. Mit Kultur und Zivilisation hat das sehr wenig zu tun. Es handelt sich um die Sicherung der französischen Machtstellung in Nordafrika vor Gefahren der Gegenwart und noch viel mehr der Zukunft, wobei natürlich auch die geschaffenen Kulturanlagen geschützt werden.

Da bleibt freilich von den Phrasen Herrn Painlevés nicht mehr viel übrig. Sie bilden eben bloß das bei den Franzosen so beliebte harmlose Mäntelchen zur geschickten Verhüllung ihrer Machtpolitik.

* * *

Gehen wir nach dieser grundsätzlichen Erörterung der französischen Marokko-Politik nun zur Besprechung der tatsächlichen Lage und der Aussichten über. Der Feldzug in Marokko ist der erste ernsthafte Waffengang, den Frankreich seit dem Weltkrieg unternimmt. Freilich hat es seit dem „Frieden" immer irgendwo einen kleinen Feldzug geführt, sei es in Syrien gegen Araber oder Türken, sei es in Marokko gegen noch nicht völlig unterworfene Stämme. Aber zum Einsatz großer Kampfmittel ist es sonst nirgends gekommen. Die jetzigen Kämpfe haben mit einem empfindlichen Mißerfolg begonnen. Überraschend sind die Leute Abd el Krims gegen die Franzosen vorgebrochen, haben die zahlreichen einzelnen befestigten Posten eingeschlossen und sind zwischen ihnen durch weit in das von den Franzosen bereits dauernd besetzte Gebiet durchgestoßen. Ihr Hauptzweck war dabei wohl die Erbeutung von Lebensmitteln und andern Bedarfsgegenständen. Gegen diesen Vorstoß führten die Franzosen mehrere große Kolonnen ins Feld, denen es aber erst nach heftigen Kämpfen gelang, die eingeschlossenen Garnisonen zu befreien. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, die Riffleute auf ihre Ausgangsstellung zurückzuwerfen. Im Gegenteil, die Franzosen haben vielmehr eine Reihe von weit vorgeschobenen Posten freiwillig geräumt. Die beiden Gegner stehen sich heute auf einer weiten Front in stark befestigter Stellung gegenüber. Das Bestreben Abd el Krims geht hauptsächlich dahin, die bisher den Franzosen unterworfenen Stämme zum Anschluß an seine Sache zu bringen. Er hat damit nicht unerhebliche Erfolge erzielt. Aber zu einem entscheidenden Sieg hat es nicht gelangt. Offenbar ist keiner der großen französischen Posten in die Hände der Riffleute gefallen. Dazu reichen ihre Kriegsmittel anscheinend doch nicht aus. Sie haben es nur fertig gebracht, den Franzosen ziemliche Menschen- und Materialverluste zuzufügen und ihnen vorläufig große Schwierigkeiten zu bereiten.

Daß die Schwierigkeiten beträchtlich sind, geht aus dem gesamten Verhalten der Franzosen hervor. Sehr starke Verstärkungen sind aus ganz Frankreich nach Marokko abgegangen. Sogar aus den Waffenplätzen des Ostens, wo die zu einem etwaigen Vorgehen gegen Deutschland bestimmten Truppen stehen, sind zahlreiche Transporte nach Nordafrika gesandt worden. Die modernsten Kriegsmittel, schwere Artillerie und Flugzeuge, werden in großer Menge eingesetzt. Ja im gleichen Moment, wo in Lausanne über die Abschaffung des Gaskrieges beraten wird, werden in Marokko Gasbomben und Gasgranaten in erster Linie und rücksichtslos verwendet. Das Zusammenziehen so beträchtlicher Streitkräfte zeigt, daß wir es mit einem eigentlichen Kriege zu tun haben. Darauf weist auch die Nachrichtensperre für die gesamte Presse deutlich genug hin. Die Schwierigkeiten scheinen auch bis heute noch nicht überwunden zu sein. Sonst hätte man doch irgend etwas von einem Gegenschlage hören müssen. Einen großen Teil der Schuld an dieser Entwicklung werden wohl die Geländeverhältnisse und die große Hitze tragen.

Das Alles darf jedoch über die tatsächliche Lage und das Kräfteverhältnis nicht hinwegtäuschen. Es ist ganz klar, daß die überlegene Zahl und die unvergleichlich bessere Ausrüstung mit allen modernen Kriegsmitteln den Franzosen schließlich zum Erfolg verhelfen muß. Man hat ja viel davon gehört, als die ersten Mißerfolge bekannt wurden, daß die Riffleute ebenfalls mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet seien. Die Pariser Blätter wußten von Fliegern und von einer zahlreichen Artillerie zu berichten.' Und gerade

diese Meldungen boten den Anlaß zu einer neuen Hetze gegen Deutschland, das angeblich diese Waffen geliefert haben sollte. Nun erklären neuerdings die französischen Führer in Marokko, daß alle diese Behauptungen den Tatsachen widersprächen. Flieger seien bei den Riffleuten gar keine und Artillerie nur in ganz verschwindendem Maße vorhanden. Überhaupt sei die Ausrüstung der Riffleute keineswegs so vollkommen, wie sie dargestellt worden sei. Damit fällt natürlich auch die Hetze gegen Deutschland, an der sich auch welschschweizerische Blätter wie die „Gazette de Lausanne" wacker beteiligt haben, in sich zusammen; ihren Zweck hat sie freilich erfüllt, der Haß gegen Deutschland ist von neuem aufgepeitscht worden. Unter diesen Verhältnissen kann am tatsächlichen Ausgang des Waffenganges zwischen den Franzosen und Abd el Krim durchaus nicht gezweifelt werden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Gegenschlag kommen wird. Die klimatischen Verhältnisse werden da wohl viel mitsprechen. Sie machen auf jeden Fall in den Sommermonaten große Operationen sehr schwierig. Dagegen sind gerade in jener Zeit die Riffleute ihrerseits durch die Erntearbeiten in Anspruch genommen. Eine andere Frage ist es aber, wie weit die französischen Operationen geführt werden können. Eine Entscheidung wäre wohl nur bei einem Vorstoß ins spanische Gebiet hinein möglich. Ob es dazu kommen wird, ist heute noch völlig unsicher und hängt wohl von dem Ausgang der diplomatischen Verhandlungen ab. Schließlich besteht ja auch immer noch die Möglichkeit, daß Abd el Krim durch die Blockade zum Nachgeben gezwungen wird. Auf jeden Fall kann man auf die Entwicklung gespannt sein.

* * *

Die Kämpfe in Marokko, die heute so große militärische und finanzielle Mittel Frankreichs binden, sind selbstverständlich von Einfluß auf die ganze Lage des Landes. Es trifft sich jedenfalls für Frankreich recht gut, daß sie nicht mit einer Zeit besonderer Spannung am Rhein zusammenfallen. Man wird deshalb auf jeden Fall versuchen, baldmöglichst reinen Tisch zu machen. Man wird aber sicher trotz aller innerer und äußerer Schwierigkeiten die Sache unbedingt bis zu Ende und zwar bis zu einem erfolgreichen Ende durchfechten. Dazu zwingt unbedingt das Auswachsen dieses Kampfes um den Riff zu einer Angelegenheit des gesamten Islams. Ganz Nordafrika und auch ein erheblicher Teil des französischen Besitzes in Westafrika bekennt sich zum Mohammedanismus. Sein Menschenmaterial füllt gegenwärtig schon Frankreichs Heer zu gegen einem Drittel! Die französische Großmachtstellung aber steht und fällt mit der Ausnützung dieses Soldatenmaterials. Werden einmal die nord- und westafrikanischen Regimenter unzuverlässig, werden im Gegenteil nationalfranzösische Kräfte für die Aufrechterhaltung der französischen Herrschaft im afrikanischen Kolonialreich notwendig, so fehlen in kurzer Zeit die Kräfte für die Behauptung der Machtstellung. Es ist deshalb eine Lebensnotwendigkeit für Frankreich, die absolute Überlegenheit seiner Waffen über die Riffleute zu beweisen. Denn bereits sind mancherlei ernsthafte Anzeichen vorhanden, die darauf hinweisen, daß die im Krieg groß gewordene mohammedanische Freiheitsbewegung auch vor dem französischen Machtbereich nicht Halt machen wird. Bereits ist in Tunis eine Unabhängigkeitsbewegung deutlich erkennbar. Von den Mittelpunkten des Islams in Asien und Afrika wird diese Bewegung nach Kräften unterstützt. Ebenso eifrig fördert sie aber auch der überall tätige Bolschewismus. Die Lage in Tunis ist bereits so ernst geworden, daß die Regierung besondere Gegenmaßnahmen ergriffen hat. Wie lange wird es dauern, bis aus dem Zusammenarbeiten der mohammedanischen und der kommunistischen Bewegung auch in Algier sichtbare Folgen entstehen werden? In Marokko vollends, wo die französische Herrschaft noch so neu und unsicher ist, ist die Gefahr einer allgemeinen Erhebung wohl kaum außer dem Bereich der Möglichkeit. Und selbst unter den bisher so bedingungslos zuverlässigen Eingeborenentruppen zeigt sich hie und da ein Zeichen des Erfolgs der doppelten Bearbeitung von außen her. Painlevé selbst hat in der Kammer einen Fall erwähnt, wo eingeborne Soldaten ihren französischen Unteroffizier

totschlugen und zum Feinde übergingen. Fahnenflucht ist ja auch bei den Kämpfen gegen die Türken und ebenso im besetzten deutschen Gebiet bei den nordafrikanischen Truppenteilen verhältnismäßig häufig gewesen. So steht Frankreich hier vor einer Entwicklung, die für die Zukunft eine furchtbare Gefahr werden könnte. Die Gefahr ist umso größer, weil die französischen Kommunisten diese Bewegung nach Kräften nützen und fördern. Das ist der große politische Hintergrund, der die gegenwärtigen Ereignisse beherrscht. Ihn darf man bei ihrer Beurteilung nicht aus den Augen verlieren.

Aarau, den 24. Juni 1925.

Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Die XVI. nationale Kunstausstellung im Kunsthaus in Zürich.

Obwohl die Jury streng ihres Amtes gewaltet hat, sind auch diesmal wieder mehr als 500 Werke zur Ausstellung gelangt. Es ist nicht leicht, aus dieser großen Zahl die Arbeiten herauszuheben, die in die Zukunft weisen. Und auf diese kommt es uns im wesentlichen an. Wir besitzen in der Schweiz einen festen Stamm von Künstlern, die über tüchtiges handwerkliches Können verfügen, die seit Jahren Bilder und Bildwerke von hochstehender Qualität schaffen: Sie sind jedem bekannt, der sich mit unserm Kunstleben beschäftigt. Sie geben auch dieser Schau die feste Grundlage, die Geschlossenheit bei aller Verschiedenheit im einzelnen, die nötig ist, um eine Ausstellung von diesem Umfang überhaupt noch genießbar zu machen. Von ihnen soll weniger die Rede sein, sondern von den Künstlern und Richtungen, die sich neuerdings auszubilden beginnen und die berufen sind, der schweizerischen Kunst neue Wege zu weisen.

Von all den Tendenzen, die in den letzten Jahren das europäische Kunstleben mit neuem Geist zu erfüllen gesucht haben, ist wohl der Kubismus am stärksten haften geblieben. Er war keine Erfindung des 20. Jahrhunderts, wie mancher Künstler und Kunstfreund in seiner Begeisterung glaubte. Es gab zu allen Zeiten Maler, die die kubische Form in ausgeprägter Weise zur Grundlage ihrer Malerei machten. Ich erinnere nur an Konrad Witz — an so und so viele Maler des italienischen Quattrocento (Piero della Francesca vor allem). Aber die Künstler des 20. Jahrhunderts gingen weiter als ihre Vorgänger, sie machten den Kubismus zum Selbstzweck. Es genügte ihnen nicht mehr, Figuren, Gebäude und Landschaften nur dann in ihrer Dreidimensionalität zu betonen, wenn die Bildidee es verlangte. Sie gingen so weit, das Bild von vorneherein in Kuben aufzuteilen, ob nun das so entstandene Formen- und Farbengebilde noch eine weitere Bedeutung hatte oder nicht. Es ist klar, daß diese Auswirkung des Kubismus nur als ästhetische Spielerei gewertet werden kann; sie ist denn in dieser Form auch bald verschwunden.

Aber etwas ist geblieben: Die Freude an der plastischen Gestaltung im Bild. Der Kubismus war eine Auflehnung gegen die malerische Auflösung der Gegenstände im Impressionismus. Und da der Letztere in seinen Ausläufern immer noch weiter wirkt, ist es begreiflich, daß auch das Gegengift sich stark entwickelt. Nehmen wir ein Bild wie Surbeks Winterlandschaft. Wer hätte es noch vor 10, 15 Jahren gewagt, eine Landschaft dermaßen in klaren Blöcken aufzubauen? Wem wäre es eingefallen, einen Naturausschnitt so streng und sicher im linearen Sinn zu komponieren? Wer wissen will, wie damals eine Landschaft aussah, braucht nur an die Bilder zu denken, die Surbek damals schuf. Daß der Künstler eine starke innere Umwandlung durchmachte, ging aus den Arbeiten der letzten Jahre hervor. Mit seinem Winterbild scheint er vorläufig das Ziel erreicht zu haben, denn das Bild wirkt so selbstverständ-